



forschungsgruppe
extremismus und militanz e.V.

Abschlussbericht der Forschungsgruppe Extremismus und Militanz

August 2020

Inhalt

0. Einleitung / Abstract.....	2
1. Gründung und Ausrichtung des Projekts.....	3
2. Bibliographie.....	4
3. Dokumentation.....	7
4. Pressespiegel.....	11
5. Projekt- und Mitgliederentwicklung.....	12
6. Fazit.....	16

0. Einleitung / Abstract

Die Forschungsgruppe Extremismus und Militanz (FGEM) war eine unabhängige sozialwissenschaftliche Arbeitsgruppe zur Erforschung von politischem Extremismus und politisch motivierter Militanz. Sie führte u.a. eine kommentierte Bibliographie zur Extremismusforschung sowie eine Dokumentation politisch motivierter Militanz. Die Gruppe löste sich im August 2020 aus personellen Gründen auf. Mit dem Abschlussbericht sollen Ziele des Projekts, Erfahrungen und Erträge dargestellt werden, um diese zukünftigen, ähnlich gelagerten, Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zitierempfehlung:

Forschungsgruppe Extremismus und Militanz (FGEM): Abschlussbericht, Hamburg 2020.

1. Gründung und Ausrichtung des Projekts

Die Forschungsgruppe Extremismus und Militanz entstand um das Jahr 2012 zunächst als loser Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlern und Studierenden mit entsprechenden Forschungsschwerpunkten. Um ein postuliertes Forschungsdefizit im Bereich Linksextremismus und linke Militanz zu bearbeiten, wurde noch im selben Jahr zunächst die „Bibliographie zur Linksextremismusforschung“ eingerichtet. Bei dieser handelte es sich um eine interaktive Webseite, auf der Fachliteratur zusammengetragen und für künftige Forschungsarbeiten kommentiert wurde. Die daraus resultierende Schwerpunktsetzung auf linksmotivierte Militanz beinhaltete allerdings keineswegs Wertungen über die von diesem Spektrum ausgehende Gefahr im Vergleich mit anderen Spektren politischer Militanz oder des politischen Extremismus. Mit der Bibliographie wurde vielmehr die Realisierung folgender Ziele angestrebt:

- Aufdecken und Beschreiben von Forschungslücken
- Hilfestellung für wissenschaftliche Arbeiten durch themenspezifisch aufbereitete Literaturlisten (z. B. geordnet nach Phänomenen wie Antimperialismus, orthodoxem Kommunismus und Trotzismus)
- Rezension und Kommentierung von Neuerscheinungen
- Identifizierung und Kommentierung zentraler Primärquellen

Während der Projektarbeit äußerten mehrere Beteiligte ihr Interesse an dem Themenfeld, jedoch bestanden mittelfristig kaum Möglichkeiten, in einer der etablierten Stiftungen oder Organisationen dazu wissenschaftlich zu arbeiten. Es entstand der Wunsch, der Bibliographie-Gruppe einen institutionellen Rahmen zu geben und damit eine Professionalisierung der Arbeit zu erreichen. Insbesondere sollten mit der Gründung der FGEM folgende Ziele erreicht werden:

- Die Ausrichtung der Gruppe sollte von der Fokussierung auf linke Militanz und Linksextremismus auf einen phänomenübergreifenden Ansatz erweitert werden.
- Die Mitarbeit sollte durch die Koordinierung von Zielen und Projekten attraktiver gestaltet und somit mehr Sozialwissenschaftler zu einer Mitarbeit animiert werden.
- Durch eine feste (Vereins-)Struktur sollte mittelfristig die Möglichkeit erlangt werden, als Partner etablierter Institutionen staatliche Fördermittel für Forschungsarbeiten zu akquirieren bzw. langfristig als eigenständige Institution die Förderreife zu erreichen.

Als eine der am schnellsten und unkompliziertesten Wege zu einer Institutionalisierung wurde die formelle Gründung eines Vereins angesehen, die im August 2015 in Hamburg vollzogen wurde.

Unmittelbar im Anschluss erfolgte die Eintragung in das staatliche Vereinsregister. Der Sitz des Vereins in der Metropolregion Hamburg implizierte dabei keine regionale Schwerpunktsetzung, vielmehr verstand sich die Gruppe als Zusammenschluss mit bundesweiter Ausrichtung. Die Wege zur Umsetzung der o.a. Ziele wurden bei der Vereinsgründung nicht endgültig festgelegt, kristallisierten sich aber schon nach kurzer Zeit wie folgt heraus:

- Fortführung der bisherigen Bibliographie und Ergänzung um a) neue Titel sowie b) um Literatur aus den Phänomenbereichen Rechtsextremismus / rechte Militanz sowie Islamismus / islamistische Militanz
- Erstellung einer Dokumentation politisch motivierter Übergriffe / von Militanzdelikten mit den Zielen, a) Häufigkeit und Intensität der Taten bewerten zu können, b) Parallelen in der Tatbegehung zu erkennen und dadurch c) Rückschlüsse auf Täterprofile zu ziehen und darauf aufbauend d) Präventionshinweise zu entwickeln
- Regelmäßige Erstellung eines Pressespiegels zu Artikeln über wissenschaftliche bzw. publizistische Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Extremismus- und Militanzforschung sowie über relevante (Primär-)Ereignisse von überregionaler Bedeutung
- Vermittlung bezahlter Aufträge externer Träger an die Mitglieder
- Wechselseitige Unterstützung bei wissenschaftlichen Arbeiten durch regelmäßigen Austausch und durch wechselseitige Lektorate
- Vermittlung von Interviewpartnern bei Presseanfragen und von Dozenten bei Anfragen für Seminare und Fachkolloquien
- Unterstützung bei Studienarbeiten im Themenbereich bzw. Vermittlung von Tutoren
- Gemeinschaftliche Publikation eigener Forschungsergebnisse

Die FGEM wurde nicht als zeitlich befristetes Projekt gegründet, sondern in der Hoffnung, langfristig Strukturen zur Erforschung von Extremismus und Militanz zu etablieren und so einen Beitrag zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu leisten. Gleichwohl wurde mit der Gründung festgelegt, die Entwicklung des Projekts nach spätestens fünf Jahren zu evaluieren und darauf aufbauend über den Fortbestand der Gruppe zu entscheiden.

2. Bibliographie

Unter einer Bibliographie verstand die Gruppe ein eigenständiges Verzeichnis von Literaturhinweisen zu einem spezifischen Themenfeld – hier: Militanz und Extremismus. Als relevant für die FGEM-Bibliographie wurden nicht nur Monographien angesehen, sondern alle wissenschaftlichen Standards entsprechenden Texte: Sammelbände, Fachzeitschriften, Wissenschaftliche Texte in Zeitungen und

Zeitschriften sowie herausragende Primärquellen. Der Schwerpunkt lag auf deutschsprachiger Literatur. Rezensionen galten nicht als eigenständige Texte, auf sie wurde jedoch auf der Seite des Ursprungswerkes verwiesen. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Erfassung von Aufsätzen in Sammelbänden, da diese in erheblicher Zahl über öffentlich zugängliche Suchmaschinen nicht recherchierbar waren.

Für das Themenfeld Linksextremismus – und vor allem linke Militanz – stellte sich schnell heraus, dass in den vorangegangenen Jahren zwar einige Überblicksdarstellungen erschienen waren, aber kleinteilige empirische Arbeiten über militante Gruppen fast völlig fehlten. Untermauert wurde diese Beobachtung durch eine systematische Untersuchung der Bestände der deutschen Universitätsbibliotheken,¹ deren Ergebnisse u.a. von der Hanns-Seidel-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurden. Für die Studie verglichen wir im Zeitraum Januar bis August 2013 die Zahl der Texte, die sich kritisch mit rechts- und linksextremistischen Phänomenen auseinandersetzten. Ausgewertet wurden die Bestände von zwanzig wissenschaftlichen Großbibliotheken, das Angebot der vier größten Online-Buchhändler, die Trefferlisten der drei zu diesem Zeitpunkt marktbeherrschenden Internetsuchmaschinen und – im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe – die Ausgaben bedeutender deutscher Printmedien. Das Ergebnis sprach für sich: In den Bibliotheken waren etwa zwölfmal so viele Titel zu Rechtsextremismus / rechte Militanz erhältlich wie zu Linksextremismus / linke Militanz. In Online-Medien waren es fünfmal so viele Texte und im Presse-Printbereich immer noch etwa dreimal so viel.

Aufgrund dieses Forschungsdefizites katalogisierte die Gruppe nicht nur die wichtigsten Titel, sondern versuchte, möglichst umfassende Literaturlisten zu erstellen. Insbesondere im Bereich linke Militanz und Linksextremismus entstand so eine umfangreiche Bibliographie. Neben einer Gesamtliste mit knapp 650 Titeln wurden themenspezifische Literaturlisten zu den folgenden Themen erstellt (Für den Bereich der Primärquellen entstand zudem eine kleine Sammlung von Diskussionspapieren):

¹ Freudenberg, Andre /Karsten D. Hoffmann/Felix Strüning: *BiblioLinX'13. Der Umgang mit Linksextremismus in Wissenschaft, Presse und Öffentlichkeit*, Berlin 2013.

Literaturlisten Bibliographie Linke Militanz / Linksextremismus

- Antideutsche
- Antiimperialismus
- Antizionismus
- Autonome
- Biographieforschung
- „Che“ Guevara
- DIE LINKE
- DKP
- MLPD
- RAF
- Rote Flora
- Schriftenreihen
- Internetplattformen
- Neuerscheinungen
- Unterrichtsmaterialien

Für den Bereich Rechtsextremismus / recht Militanz stellte sich die Masse der vorhandenen Texte als so groß dar, dass eine umfassende Darstellung kaum möglich erschien. Wir verwiesen daher nur auf einige ausgesuchte Texte. Die Zahl der Texte zum Themenfeld Islamismus / islamistische Militanz war seit der Jahrtausendwende ebenfalls deutlich angestiegen, sodass auch hier lediglich eine Literaturliste entstand.

In dem Zeitraum zwischen Gründung und Auflösung der Gruppe wuchs auch die Zahl der zum Thema Linksextremismus / linke Militanz veröffentlichten Titel, insbesondere im Rahmen der phänomenübergreifenden Extremismusprävention. Das eingangs festgestellte Defizit an empirischen Arbeiten über militante linke Akteure blieb jedoch unverändert bestehen.

3. Dokumentation

Seit 2012 dokumentierte die Gruppe politisch motivierte Anschläge und Übergriffe anhand einer kontinuierlichen Auswertung von Presseartikeln und Presseerklärungen von Behörden, Parteien, sonstigen Institutionen und Einzelpersonen. Ziel der Dokumentation war die Bereitstellung empirischer Daten, um aktuelle Lagebilder zu erstellen, sozialwissenschaftliche Analysen zu ermöglichen und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Taten zu ermöglichen. Der Fokus lag dabei ausdrücklich auf politischer Militanz und nicht auf Extremismus. Es entstanden separate Dokumentationen für das linksorientierte, das rechtsorientierte sowie das islamistisch orientierte Spektrum. Die Dokumentationen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern verstehen sich als Diskussionsgrundlage. Sie wurden ständig überarbeitet bzw. ergänzt.

Die Suche nach relevanten Ereignissen erfolgte mit standardisierten Suchmaschinenabfragen. Die Suchroutinen wurden aus Transparenzgründen permanent auf der Arbeitsplattform veröffentlicht. Als zitierfähig wurde jede Quelle angesehen, die ein ordnungsgemäßes Impressum aufwies und selbst nicht als extremistisch einzuordnen war. Die Delikte wurden nach individueller Entscheidung in die Dokumentation übernommen, wenn Ort, Opfer oder Begehungsweise eine entsprechende Täterschaft nahelegten. Um bei der Bearbeitung der Suchergebnisse eine systematische Vorgehensweise zu ermöglichen, einigte sich die Gruppe auf gemeinsame Erfassungskriterien. Als relevant galten demnach Aktionen, die folgende vier Kriterien erfüllen:

Relevanzkriterien zur Erfassung politisch motivierter Militanz

1. Erheblicher Schaden

Im Falle einer Sachbeschädigung muss ein Mindestmaß an Schaden (Untergrenze 50 Euro) entstanden sein. Unabhängig von diesem Kriterium werden alle Körperverletzungen (auch Versuche) gezählt und alle Taten, die auf die Menschenwürde der Opfer oder deren Meinungsäußerungsfreiheit zielen (wie etwa das Werfen mit Kotbeuteln oder das Verhindern einer Versammlung). Einfache Beleidigungen, Schmähungen und Störungen werden nicht erfasst.

2. Politische Motivation

Es müssen konkrete Anhaltspunkte einer politischen Motivation erkennbar sein (z. B. das Hinterlassen von Parolen am Tatort, Bekennerschreiben im Internet, szenetypische Begehungsweise). Die politische Motivation zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass der Täter nicht die eigentliche Sachbeschädigung oder Körperverletzung zum Ziel hat, sondern mit ihr die geistig-politische Handlungsfreiheit des zu Schädigenden einschränken will. Unerheblich ist dagegen, ob die Tat auf die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zielt und

somit als extremistisch im Sinne der Staats- und Verfassungsschutzbehörden anzusehen ist.

3. Bezug zum deutschsprachigen Raum

Da sich die militante linke Szene nicht an Nationalstaatsgrenzen orientiert, werden militante Aktionen im deutschsprachigen Raum dokumentiert sowie Aktionen gegen deutsche Personen und Institutionen im Ausland und Aktionen von deutschen Militanten im Ausland.

4. Belegbarkeit

Die Dokumentation beschränkt sich auf die Delikte, die anhand unabhängiger Quellen belegbar sind. Dazu zählen Artikel in regelmäßig erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften, die nicht in direkter Verbindung zum Geschädigten stehen, sowie aussagekräftige Foto- oder Videobelege, die von Geschädigten zur Verfügung gestellt werden. Ob die Belege als ausreichend angesehen werden, wird im Einzelfall geprüft. Unbelegte Einträge werden nicht einbezogen. Die FGEM übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der dokumentierten Presseartikel und Presseerklärungen.

Erfasst wurden somit Delikte der offenen Massenmilitanz sowie der klandestinen Militanz. Für die Charakterisierung einer politischen Aktion als Anschlag wurde eine separate Definition entworfen:

Arbeitsdefinition „Anschlag“

„Ein Anschlag im Sinne unserer Dokumentation ist ein geplante politische Aktion, die auf die Einschüchterung konkreter politischer Gegner zielt und ein Mindestmaß an Sachschaden (50 Euro) am Eigentum des Gegners oder Personenschaden verursacht.“

Die angestrebte phänomenübergreifende Dokumentation von Militanzdelikten konnte nur teilweise erreicht werden. In den Jahren 2013 bis 2019 wurde eine umfassende, zeitweise lückenlose Dokumentation von linksmotivierten Delikten erzielt, zu denen Informationen über öffentlich zugängliche Quellen erhältlich waren. Teilweise konnten über 1.000 Aktionen und bis zu 850 Verletzten pro Jahr dokumentiert werden. Die Zurückhaltung in den übrigen Phänomenbereichen war nicht das Ergebnis einer politischen Schwerpunktsetzung, vielmehr der Gegebenheiten: Im Bereich Islamismus wurde zwar eine umfassende Dokumentation von lebensbedrohlichen Anschlägen erzielt (versuchten

wie erfolgreichen), allerdings waren in qualitativ darunter liegenden Niveaus kaum militante Aktionen feststellbar. Dies verhielt sich im Phänomenbereich rechte Militanz naturgemäß anders. Für dieses Themenfeld existierten bereits mehrere Dokumentationen unterschiedlicher NGOs,² sodass eine zusätzliche Dokumentation der FGEM nicht gewinnbringend gewesen wäre und die Motivation der Gruppenmitglieder daher gering war. Da eine allgemeine Dokumentation nur zu einer Doppelerfassung geführt hätte, dokumentierte die Gruppe im Schwerpunkt Delikte, die bis dato nicht oder in nicht ausreichendem Maße von anderen Institutionen betrachtet worden waren. Die Zahlen blieben daher insgesamt gering.

Phänomenübergreifend wurden im Zeitraum von 2013 bis 2019 knapp 5.000 Ereignisse gezählt, davon 4.000 im Bereich linke Militanz (davon wiederum waren knapp 80 Prozent der klandestinen Militanz zuzuordnen). Wir gehen davon aus, dass bis zu 5 Prozent der von uns gelisteten Taten aufgrund von Irrtümern in den Quellen fälschlich eingeordnet wurden. Unabhängig davon dürfte die tatsächliche Zahl der Übergriffe durch ein ausgeprägtes Dunkelfeld sehr viel höher liegen.

Die Dokumentationen eignen sich aufgrund der eben geschilderten Modalitäten nicht für einen direkten Vergleich der Zahlen aus den Phänomenbereichen Rechts, Links und Islamismus. Durch die hohe Zahl dokumentierter Aktionen können für den Bereich linke Militanz jedoch Rückschlüsse auf folgende Fragen gezogen werden (die Rückschlüsse wurden an verschiedenen Stellen publiziert): Zu welchen Zeiten werden Aktionen verübt? Wie ist der Modus Operandi? Welche Mittel werden verwandt? Wie ist das Fluchtverhalten der Täter? Welche Intensität haben die Taten? Wer sind die Opfer?

Sofern Angreifer beobachtet wurden, waren diese meist in Gruppen von drei bis zehn Personen aktiv. Die Aktionen dauerten in der Regel nur wenige Sekunden. Lief eine Aktion wie geplant, flüchteten die Täter getrennt in verschiedene Richtungen. Dabei nutzen sie in mehreren Fällen geringwertige Fahrräder. In nur wenigen Fällen konnten Täter im Rahmen einer polizeilichen Sofortfahndung gestellt werden. Es liegt daher nahe, dass sie sich in Tatortnähe gut auskannten und/oder in diesem Bereich wohnten. Auch weil linke Szenen lokal ausgerichtet sind und die Bezugsgruppen ihre Aktionen vorrangig in „ihrem“ Kiez durchführen, dürften die Fluchtwege kurz sein. In linke Zentren flüchteten die Täter nicht, mutmaßlich da sie diese nicht durch polizeiliche Maßnahmen gefährden wollten. Diese

² Vgl. etwa <http://www.netz-gegen-nazis.de/category/lexikon/chronik>;
<https://www.chronikle.org/thema/rassismus?PageSpeed=noscript>; <http://www.reachoutberlin.de/de/chronik>;
<https://www.raa-sachsen.de/chronik.html>;

Feststellung gilt nicht nur für geplante Aktionen, sondern auch für das spontane Verhalten bei Demonstrationen.

Die Übergriffe verteilten sich ungleichmäßig über das Bundesgebiet. Ländliche Gegenden waren weitaus seltener betroffen als städtische. Zu verzeichnen war außerdem ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Südlich von Leipzig war lediglich in Frankfurt am Main noch eine höhere Zahl von Angriffen zu verzeichnen. Unterschiede im Ost-West-Vergleich waren dagegen zu vernachlässigen. In der Dokumentation führte Berlin das Übergriffs-Ranking mit weitem Vorsprung an. Hamburg lag weit abgeschlagen dahinter, die Zahl der Angriffe in München war gegen die Zahl in Berlin kaum nennenswert. Überraschend hoch fiel die Zahl der Delikte in und um Leipzig aus. Auch laut den Sicherheitsbehörden ist Leipzig inzwischen hinter Berlin und Hamburg die Nummer drei im Bereich der linken Straftaten. Zwei Drittel der 292 linken Gewalttaten, die in Sachsen im Jahr 2015 behördlich registriert wurden, sind hier begangen worden.³ Unter den in Leipzig verübten Straftaten sind zudem auffallend viele schwere Delikte wie Brandstiftungen und gefährliche Körperverletzungen, sodass die Stadt zurzeit offensichtlich über eine der aktivsten und aggressivsten linken Szenen bundesweit verfügt.

Zielobjekte der Angriffe waren nicht nur Wohnungen oder Zentren von Rechtsextremisten. Im Fokus standen vor allem unliebsame Wirtschaftsunternehmen (insbesondere aus dem Immobilienbereich), Behörden (insbesondere Ausländerämter und Polizeistationen) sowie Parteibüros (insbesondere die der AfD, auf die allein knapp 650 Übergriffe dokumentiert wurden). In den Jahren 2013 und 2014 waren vor allem Büros der SPD und der Grünen betroffen – in mindestens einem Fall sogar ein Büro der Partei DIE LINKE. Mit den einsetzenden Wahlerfolgen der AfD änderten sich die Zahlen deutlich. So stieg die Zahl der Angriffe auf AfD-Lokalitäten ab 2016 zeitweise auf bis zu 40 pro Monat, während die monatlichen Übergriffe auf etablierte Parteien an einer Hand abzuzählen waren. Die größte Zielgruppe stellten jedoch private Institutionen dar: Sicherheitsunternehmen, Rüstungsbetriebe, Banken, Jäger, Mastbetriebe, Paketdienste und Studentenverbindungen. Die Anschläge der militanten Linken richteten sich in der Praxis gegen die gesellschaftliche Mitte.

Zum Bereich Dokumentation zählte auch die retrograde Erfassung von politisch motivierten Tötungsdelikten. Während hier für den Phänomenbereich Rechtsextremismus / rechte Militanz bereits

³ Vgl. http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Linksextremistische_Straf_und_Gewalttaeter_LfVSN.pdf (21.5.2019).

mehrere Statistiken vorlagen, traf dies für den Phänomenbereich linke Militanz nicht zu, sodass sich die Suche der FGEM auf diesen Bereich beschränkte. Folglich ging es keineswegs darum, die Liste der Opfer rechtsmotivierter Taten (, die weitaus mehr Opfer verzeichnet!) zu relativieren, sondern darum, eine Forschungslücke zu schließen und sich die potentiellen Gefahren linksmotivierter Militanz zu vergegenwärtigen. Als Erfassungszeitraum wurden die Jahre von 1968 (Beginn der Studentenunruhen) bis zum Jahr 2020 gewählt. Gelistet wurden nur die Fälle, die den FGEM-Relevanzkriterien für Militanzdelikte entsprechen; d. h. nicht nur die Taten, die sich auf deutschem Staatsgebiet ereignet haben, sondern auch diejenigen, die von deutschen Terrorgruppen oder ihren Unterstützern im Ausland begangen wurden. Nicht gelistet wurden die Opfer, deren Tod auf das DDR-Regime zurückzuführen ist. Seriöse Quellen gehen hier von der Gründung der DDR bis zur Wiedervereinigung von etwa 1.000 Todesopfern aus. Tötungen durch PKK-Anhänger und durch den jugoslawischen Geheimdienst wurden dabei aufgrund der abweichenden ethnischen Hintergründe von Tätern und Opfern in zwei separaten Listen erfasst.

Der PKK und ihren Unterstützern wurden in Deutschland insgesamt 8 Todesopfer zugeschrieben, dem jugoslawischen Geheimdienst wurden zwischen 1967 und 1987 insgesamt 17 Todesopfer in Deutschland angelastet. Damit verblieben in der Statistik 59 Tötungen, die nach Einschätzung der Gruppe als linksmotiviert anzusehen sind sowie zehn weitere Verdachtsfälle, bei denen ein linksmotivierter Hintergrund nicht auszuschließen ist.

4. Pressespiegel

Bereits ab 2012 wurde in unregelmäßigen Abständen ein Pressespiegel über Neuerscheinungen in der wissenschaftlichen Literatur erstellt. Dieser verstand sich zunächst als Serviceleistung für die Gruppenmitglieder und erfolgte über die Wikispaces-Arbeitsplattform. Angesichts der überschaubaren Zahlen an Neuerscheinungen im Themenfeld Linksextremismus / linke Militanz erschien eine regelmäßige Erscheinungsweise auch nicht sinnvoll.

Ab 2016 änderte sich die Vorgehensweise. Der Pressespiegel wurde von diesem Zeitpunkt an über die sozialen Netzwerke verbreitet und es wurden mehr Berichte über relevante Ereignisse aufgenommen. Damit verknüpft war die Hoffnung, Unterstützer und vor allem aktive Mitglieder zu gewinnen. Gleichwohl die Gruppe damit einige Aufmerksamkeit, vor allem im konservativen Spektrum, auf sich

zog, erforderte die Betreuung der Seiten den Einsatz personeller Ressourcen, die langfristig nicht zur Verfügung standen. Die Moderation der Artikel bzw. das Löschen beleidigender Inhalte und das Sperren von Accounts, die durch wiederholten Vandalismus auffielen, kostete Zeit, die für die geplanten Kernaufgaben der Gruppe fehlten. Der Twitter-Account wurde daher schon nach wenigen Monaten aufgegeben, um den Betrieb allein auf Facebook gewährleisten zu können.

Die zunächst stetig wachsende Reichweite der Postings stagnierte, mutmaßlich infolge mehrfacher Algorithmusänderungen des Anbieters, ab 2017, und blieb fortan unter den Erwartungen. Im Hinblick auf die wissenschaftliche (und somit nicht populäre) Ausrichtung der Gruppe war die Reichweite auch nicht das anvisierte Ziel der Gruppe. Allerdings konnten über die sozialen Netzwerke auch kaum weitere Sozialwissenschaftler für eine Mitarbeit gewonnen werden. Die Facebook-Seite wurde im Oktober 2019 eingestellt.

5. Projekt- und Mitgliederentwicklung

Als unabhängige Gruppe war die FGEM weder mit Parteien noch mit sonstigen Initiativen verwoben. Zu keinem Zeitpunkt wurden staatliche Fördergelder oder Gelder von Interessenverbänden verwendet. Die Finanzierung des Projekts basierte auf privaten Spenden, wie sie beispielsweise für die Programmierung der Arbeitsplattform verwendet wurden. Beschäftigungsverhältnisse entstanden nicht. Jegliche Arbeit für das Projekt erfolgte ehrenamtlich, gleichwohl wurden im Rahmen des Projekts bezahlte, bzw. geförderte Aufträge von Dritten über die FGEM an Mitglieder vermittelt.

Da die FGEM zumindest mittelfristig nicht das Ziel verfolgte, als eigenständige Organisation staatliche Fördermittel für die Extremismusprävention zu beziehen, wurden stattdessen feste Partnerschaften mit etablierten Organisationen angestrebt, über die Fördergelder hätten akquiriert werden können. Es war absehbar und stellte sich alsbald als Tatsache heraus, dass ein Projekt, das auf ein enges Themenfeld spezialisiert war, nicht die erforderliche Konstanz und personelle Stärke erreichen würde, um Förderkriterien eigenständig zu erfüllen. Die Suche nach Partnerorganisationen gestaltete sich jedoch zeitaufwändig und blieb im Ergebnis erfolglos. Die Ursachen dafür lagen auf der Hand: Mit der Bearbeitung des Themas linke Militanz hätte sich eine etablierte Institution der Kritik linker Gruppen ausgesetzt und darüber hinaus möglicherweise in den Fokus militanter Gruppen begeben. In der Folge kam eine formelle Kooperation nicht zustande. Stattdessen publizierten die Mitglieder der Gruppe ihre

Texte als unabhängige Autoren (und nicht als Mitglieder der Gruppe) bei etablierten Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Auch auf die Mitgliederentwicklung der Gruppe, hatte die potentielle öffentliche Wahrnehmung Auswirkungen. Viele der neugewonnen Mitglieder wollten sich nicht öffentlich zur Gruppe zu bekennen, da sie berufliche Nachteile fürchteten und somit auch nicht als Teil der FGEM publizieren. Teilweise legten die Mitglieder Wert darauf, innerhalb der Gruppe anonym zu bleiben. Im Falle von Interview- und Referentenanfragen reduzierte dies die Rolle der FGEM auf die einer Vermittlerin zwischen den Anfragenden und den Mitgliedern. Gleichwohl blieb die Zahl der Anfragen auf einem Niveau, das von der Gruppe nicht gedeckt werden konnte. Insbesondere im Zeitraum von 2015 bis 2017 erreichten die Gruppe über die Internetseite diverse Medienanfragen für Interviews und O-Töne. Dabei ist allerdings zu relativieren, dass sich die FGEM als eine der wenigen NGOs als Ansprechpartner zum Thema linke Militanz anbot.

Da in den ersten Jahren, trotz wiederholter Beiträge in den Medien, nur wenige zusätzliche Mitglieder mit sozialwissenschaftlicher Vorbildung gewonnen werden konnten, wurde ab 2017 auch um Mitglieder geworben, die keine formellen sozialwissenschaftlichen Qualifikationen vorweisen konnten. Durch „Solidaritätsbeitritte“ erhöhte sich die Mitgliederzahl von diesem Zeitpunkt an, nicht jedoch die Aktivität der Gruppe. Die Zahl der Mitglieder, die sich zeitgleich aktiv in die Arbeit der Forschungsgruppe einbrachten, betrug nie mehr als sechs, gleichwohl die nominelle Zahl der Mitglieder kontinuierlich anstieg. Für die Stagnation der Zahl der aktiven Mitglieder ließen sich die nachfolgenden Faktoren ausmachen:

- Der Mangel an Förder- bzw. Forschungsgeldern bewirkte, dass nur wenige Mitglieder Zeit in Projekte investieren konnten.
- Die ausschließliche Befassung mit Extremismus und Militanz führte zu einer Themenmüdigkeit, insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung beruflicher Perspektiven der Mitglieder.
- Kaum eines der Mitglieder fand eine Anstellung, in der eine weitere Befassung mit der Materie hätte stattfinden können.
- Nahezu alle aktiven Mitglieder der FGEM entstammten derselben Alterskohorte und befanden sich bei Gründung der Vereinsstrukturen entweder in ihren ersten Jahren einer sozialwissenschaftlichen Anstellung oder noch im Studium. Es ist nicht gelungen, das Projekt an eine Nachfolgeneration weiterzugeben.

Auch die konservative Prägung der Mehrheit der Mitglieder, war dem Anliegen der Gruppe nicht dienlich, da sie aufgrund dieses Umstandes im Laufe der Jahre auf mehr und mehr daraus resultierende

Vorbehalte traf. Dieses Hemmnis konnte u.a. deswegen nicht aufgelöst werden, weil es nicht gelungen war, Sozialwissenschaftler aus eher linksorientierten Milieus in die Projektarbeit einzubinden.

Inhaltlich ist der Gruppe dennoch gelungen, an einigen Stellen Markierungen zu setzen. So wurden die Ergebnisse der Bibliolinx-Studie an verschiedenen Stellen veröffentlicht und zitiert, in Fachpublikationen, Zeitschriften sowie in Parlamentsschriften. Die Militanzdokumentation wurde Grundlage parlamentarischer Anfragen.⁴ Es wurden mehrfach Interviews mit Gruppenmitgliedern in regionalen und überregionalen Medien veröffentlicht. Und auch die Dokumentation über Todesopfer linksmotivierter Militanz ist an verschiedenen Stellen in die Fachliteratur eingeflossen.

Den Nutzen einer Bibliographie zu messen ist kein einfaches Unterfangen. Die Literaturlisten zum Phänomenbereich Linksextremismus / linke Militanz entstanden zu einem Zeitpunkt, an dem der Forschungsstand hier noch deutlich niedriger ausgeprägt war als heute – acht Jahre später. Davon abgesehen, dass die Bibliographie zuvörderst den eigenen Mitgliedern bei der Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten verhelfen sollte, deuten mehrere entsprechende Nachrichten an die FGEM darauf hin, dass die Listen auch von Externen genutzt wurden und dienlich waren.

Im Sinne eines schnellen Wachstums der Bibliographie wurde unbekanntem Nutzern zu Beginn die Möglichkeit eingeräumt, Literaturlisten zu verändern bzw. Literaturhinweise einzureichen. Während diese Option für die Dokumentationen immerhin sporadisch genutzt wurde, beschränkte sich die Zahl der Literaturhinweise in den fünf Jahren des formellen Bestehens der Gruppe auf ganze drei (, bei denen Autoren die Aufnahme ihrer eigenen Publikationen vorschlugen). Bei der Dokumentation wiederum war festzustellen, dass die eingereichten Hinweise oftmals Ereignisse unterhalb der Relevanzkriterien betrafen und so nicht verwertbar waren. Die individuelle Wahrnehmung der Betroffenen war objektiv nicht immer belegbar (etwa bei Szenarien, die aufgrund des Auftretens des Gegenübers als Bedrohungen empfunden wurden, bei denen aber keine entsprechenden Äußerungen gefallen waren).

Als einer der bedeutendsten Grundsätze der Gruppe galt, ein größtmögliches Maß an Transparenz herzustellen. Dazu sollten nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Zwischenschritte und mithin die gesamte Arbeitsplattform sowie die Diskussionsseiten der Gruppe öffentlich einsehbar sein. Dies konnte mit der Plattform Wikispaces bis 2016 und anschließend mit der Wikimedia-Software

⁴ Vgl. etwa Niedersächsischer Landtag – 17. Wahlperiode, Drucksache 17/5865.

weitgehend realisiert werden, bei denen nicht nur Ergebnisse, sondern auch die Arbeitsprozesse öffentlich nachvollziehbar waren. Dieses Vorgehen führte jedoch zu externer Kritik, da im Zuge des Erstellungsprozesses von Dokumentationen und Definitionen auch unabgestimmte Entwürfe sichtbar waren und nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet waren. Bis heute kursiert auf linksgerichteten Internetseiten der (falsche) Vorwurf, Mitglieder der FGEM hätten für die Militanzdokumentation einen Anschlag „erfunden“. Tatsächlich waren in einer frei bearbeitbaren Liste mit dem Titel „linksmotivierte Anschläge und Übergriffe“ die Silvesterausschreitungen in Leipzig eingetragen worden (die tatsächlich stattgefunden hatten, aber nicht als Anschlag, sondern als Übergriff zu bewerten waren).

Das Wiki-Prinzip der Schwarmintelligenz erwies sich auch darüber hinaus nicht als zielführend. Es gelang es nicht, Personen längerfristig an das Projekt zu binden. Nur unmittelbar nach Erwähnungen in den Medien kam es zu spürbar höherer Aktivität und zu Hinweisen. Mit zunehmender Bekanntheit des Projekts musste die Editierfunktion immer weiter eingeschränkt werden, da die Seiten wiederholt von Web-Vandalismus betroffen waren. 2018 wurde die Editierfunktion für Nicht-Mitglieder endgültig abgeschafft.

Als nachteilig erwies sich zudem das Nutzen eines externen Datenbank-Providers (Wikispaces). Da dieser Frühjahr 2018 ankündigte, seinen Betrieb einzustellen und sich die Sicherungsdateien als inkompatibel mit möglichen Nachfolgesystemen erwiesen, mussten alle 500 in den vorangegangenen sechs Jahre erarbeiteten Seiten händisch in das neue System und die neuen Formate übertragen werden. Aus personellen Kapazitätsgründen wurde dabei schließlich verzichtet, die Rezensionen und Kommentierungen der Bibliographie zu übertragen, sodass lediglich die Literaturlisten übernommen wurden.

In der öffentlichen Diskussion über die FGEM wurde mehrfach kritisch hinterfragt, dass sie für die Dokumentation keine eigene Definition für Extremismus vorgelegt hatte. Dieser, zuerst vom Tagesschau-Journalisten Patrick Gensing vorgebrachte Einwand,⁵ greift deutlich zu kurz, da er die unterschiedlichen Anforderungen an eine Bibliographie und eine (Militanz-)Dokumentation nicht berücksichtigt. Für die Dokumentation wurden die o.a. Erfassungskriterien verwendet, die nicht nur einer Definition gleichzusetzen sind, sondern die Zahl der zu erfassenden Delikte weiter einschränken

⁵ Patrick Gensing: Verfassungsschützerin in der Antifa-Republik, in: publikative.org, 12. Oktober 2014.

als eine allgemeingültige Definition (Bezug zum deutschsprachigen Raum, Schadensuntergrenze von 50 Euro). Darüber hinaus wurde eine Definition für Militanz entwickelt:

Arbeitsdefinition Militanz

„Militanz ist die Bereitschaft, Gesetze zu brechen, individuelle Rechtsgüter zu verletzen oder sich aktiv mit denen zu solidarisieren, die ebendies tun, um damit nach einem politischen Ziel zu streben. Militanz unterteilt sich in eine offene Form (Ausschreitungen bei Demonstrationen und Ansammlungen) und eine klandestine (heimlich durchgeführte Aktionen). Zwar ist gewalttätiges Handeln militant, aber militantes Handeln ist nicht zwingend gewalttätig.“

Eine eigene Definition für Extremismus wurde dagegen tatsächlich (bewusst) nicht entwickelt, da grundsätzlich alle Publikationen in die Bibliographie aufgenommen werden sollten, deren Autoren sie als Beiträge zur Extremismusforschung verstanden. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Definitionen wäre eine Einengung auf eine bestimmte nicht zielführend gewesen. Immerhin wurde jedoch (nach der öffentlichen Kritik) in den FAQ erklärt, dass „[e]xtremistisch ist ein Synonym für antidemokratisch“ sei. „Die Meinungen darüber, wo Demokratie aufhört und Extremismus beginnt, gehen allerdings weit auseinander. Aus Sicht der Staats- und Verfassungsschutzbehörden sind alle Bestrebungen extremistisch, die sich gegen den Bestand des Staates bzw. gegen die Verfassung richten. Sozialwissenschaftliche Definitionen wählen dagegen materielle Kriterien wie die Gewaltenteilung, den Minderheitenschutz oder die Meinungsfreiheit als Maßstab.“⁶

6. Fazit

Wie jedes Projekt begann auch die FGEM mit hoher Motivation und wie bei den meisten flachte diese Motivation in den nachfolgenden Jahren ab. Und so überrascht es nicht, dass die wichtigsten Arbeiten in den ersten Jahren erfolgt sind, in den Jahren 2019 und 2020 jedoch kaum noch Bewegung zu verzeichnen war. Für ein rein ehrenamtliches Projekt ohne Fördergelder ist das Erreichte aber durchaus sehenswert. Einige Tausend Personalstunden flossen in das Projekt, es entstanden eigene

⁶ <http://fgem.de/wiki/index.php?title=FAQ>

Ergebnisse, Netzwerke und Kooperationen, die auch über das Projektende hinaus Bestand haben werden. Die Ergebnisse flossen stellenweise in die Fachliteratur ein und wurden Gegenstand öffentlicher oder parlamentarischer Diskussion.

Eine langfristige Etablierung der Gruppe erfolgte nicht. Es stellte sich als zentrales Hemmnis dar, dass es nicht gelang, Sozialwissenschaftler aus jüngeren Alterskohorten an das Projekt zu binden. Die Gruppe baute auf Aktive, die sich in den meisten Fällen bereits vor der Einrichtung der Forschungsgruppe über universitäre Netzwerke kennengelernt hatten. Mit der Gründung von Familien und der Annahme themenfremder Beschäftigungsverhältnisse zum Lebensunterhalt verlor die Projektgruppe sukzessive aktive Mitglieder, ohne dass diese durch neue ersetzt worden wären. Der Versuch, neues Personal über soziale Netzwerke zu gewinnen, erwies sich als ungeeignet. Letztlich führte die geringe Zahl von Aktiven dazu, dass die Gruppe nicht die Größe erreichte, die notwendig gewesen wäre, um eine Förderwürdigkeit im Hinblick auf potentielle staatliche oder sonstige Zuwendungen zu erreichen. Das Interesse am Thema bzw. die Bereitschaft in diesem Themenfeld zu arbeiten, war schlichtweg zu gering (, was u.a. auf eine geringe gesellschaftliche Würdigung hinweist).

Die zunehmende Passivität der Mitglieder ist im Hinblick auf ihr eigenes Vorankommen jedoch nicht als Rückschritt zu verstehen. Zum einen hatten sich die Chancen auf eine Anstellung der Mitglieder in wissenschaftlichen Institutionen oftmals durch den gruppeninternen Diskurs sowie die gezielte Steuerung von Ausschreibungen erhöht, zum anderen blieben die ehemals aktiven Mitglieder in ihren neuen Positionen nicht wirkungslos, selbst wenn dort keine unmittelbare Befassung mit politischer Militanz vorgesehen war.

Die erwähnte große Zahl der Anfragen für Interviews und Vortragsveranstaltungen zum Thema Linksextremismus / linke Militanz sollte nicht als generell großes Interesse an diesen Themen missverstanden werden. Sie beruhte vielmehr auf dem Umstand, dass die Organisationen, die explizit eine entsprechende Expertise auswiesen an einer Hand abzuzählen waren. Nach Großereignissen mit vielen linksmotivierten Straftaten und einer entsprechenden öffentlichen Berichterstattung suchten Pressevertreter den Kontakt zur Projektgruppe, obwohl diese kein Renommee und keine institutionelle Anbindung vorweisen konnte. Es galt: Jeder, der eine Suchmaschine mit den Worten „Militanz“ oder „Extremismus“ fütterte, stieß früher oder später auf die Seite der FGEM.

Als zentrale organisationsbezogene Erkenntnis ist festzustellen, dass mit einer ehrenamtlichen Aufstellung bei entsprechender Disziplinierung durchaus wertvolle Erträge erzielt werden können. Mit

wenigen Beteiligten und nahezu ausschließlich auf Basis öffentlich zugänglicher Pressemeldungen und -mitteilungen war es möglich, in einem Jahr über 1.000 linksmotivierte Übergriffe nach den zuvor definierten Kriterien zu erfassen. Mittel- bzw. langfristig wäre jedoch eine weitergehende Institutionalisierung und die Akquirierung von Fördergeldern notwendig, um ein entsprechendes Arbeitsniveau halten zu können. Im Hinblick auf den zu erwartenden Druck von Akteuren aus dem militanten Spektrum erscheint es jedoch zielführend, statt einer Institutionalisierung den Ansatz einer informellen Organisation zu wählen, sofern es den Mitgliedern der Gruppe gelänge, Beschäftigungsverhältnisse in etablierten Institutionen einzugehen.

Der Anspruch der phänomenübergreifenden Arbeit hätte von Beginn an und auch gegenüber den eigenen Mitgliedern offensiver formuliert werden müssen. Die Startphase als einseitig ausgerichtetes Bibliographie-Projekt beeinflusste sowohl die öffentliche Wahrnehmung als auch die interne Zusammensetzung der Gruppe. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mutmaßlich jedes Projekt, das sich u. a. mit linker Militanz befasst, dafür Kritik erfahren wird und dass eine der gegen sie gerichteten Strategien sein wird, sie als nicht diskursfähig zu kennzeichnen und auszugrenzen.

Die Einbindung unbekannter Autoren bzw. der Charakter der Arbeitsplattform als öffentliches Wiki erwies sich lediglich im Hinblick auf die interne Kommunikation als sinnvoll. Die Möglichkeit für Externe, die Seiten zu ergänzen und zu verändern, brachte keinen nennenswerten Erkenntnisgewinn für die Gruppe und stattdessen einen erheblichen Mehraufwand. Für eine öffentliche Beteiligung ist das Themenfeld zu emotional aufgeladen und eine wissenschaftliche Bearbeitung oftmals zu komplex. Viel Zeit kostete zudem der Umzug der Daten aufgrund der Einstellung der Wikispaces-Plattform. Zukünftigen Projekten wäre daher zu raten, ausschließlich eigene Software zu verwenden bzw. für die benötigten Zwecke programmieren zu lassen.

Letztlich bleibt festzuhalten, dass eine organisierte wissenschaftliche und phänomenübergreifende Befassung mit politisch motivierter Militanz abseits der etablierten Strukturen und abseits behördlicher Organisationen weiterhin als sinnvoll angesehen wird, aber von den Akteuren der Gruppe nicht mehr geleistet werden kann. Zukünftige Gründungen werden mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, könnten diese aufgrund der hier dargestellten Erfahrungen eventuell besser kompensieren.